



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol, Ursula Sowa, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Klimaschutzprogramm 2026: Richtung stimmt – doch die Bauwende braucht mehr**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Länderbeteiligung zum Klimaschutzprogramm 2026 mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass folgende Punkte in die weitere Ausgestaltung aufgenommen werden:

- Bestandserhalt und Umnutzung werden konsequent vor Neubau priorisiert.
- Verbindliche Rahmenbedingungen und zielgerichtete Anreize für zirkuläres Bauen werden geschaffen.
- Materialeffizienz und Lebenszyklusbetrachtungen werden unbürokratisch und systematisch in Förderprogramme und -kriterien integriert.
- Planungs- und Investitionssicherheit für alle am Bau Beteiligten werden durch langfristig verlässliche Zielvorgaben und Förderkulissen gewährleistet.
- Fördermittel für Planungsleistungen im Bestand werden substantiell aufgestockt, um komplexe Umnutzungs- und Sanierungsvorhaben zu ermöglichen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Landtag bei der Positionierung der Länderbeteiligung aktiv einzubeziehen und insbesondere dem Landtag und im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zeitnah hinsichtlich des Klimaschutzprogramms 2026 zu berichten.

### **Begründung:**

Der Gebäudesektor steht vor einem tiefgreifenden Umbau, um die Klimaziele bis 2045 zu erreichen. Die aktuellen Emissionsdaten verdeutlichen, dass die notwendigen Einsparungen nur realisierbar sind, wenn der Fokus konsequent auf den Bestand gelegt wird – auf Weiterbauen, Umnutzen und intelligentes Transformieren statt Abriss und Neubau.

Wesentliche Elemente einer echten Bauwende fehlen bislang im Klimaschutzprogramm: ein stringentes Konzept für klimaverträgliches Bauen im Bestand, klare Priorisierung von Bestandserhalt, stärkere Förderung zirkulärer Materialkreisläufe sowie bessere Rahmenbedingungen für Planungsbüros und Kommunen.

Leerstehende oder untergenutzte Gebäude bieten erhebliche Potenziale zur Schaffung von Wohnraum und Ressourcenschonung. Um diese Potenziale zu heben, braucht es gezielte Anreize, Planungssicherheit und ausreichende Fördermittel – gerade auch für die frühe Planungsphase, in der über die Nachhaltigkeit von Projekten entschieden wird.

Der Landtag hat ein eigenes Interesse, diese fundamentale Weichenstellung in der Bau- und Klimapolitik mitzugestalten. Daher ist es geboten, dass die Staatsregierung die konstruktiven Vorschläge der Länder aufgreift und das Thema im zuständigen Fachausschuss parlamentarisch behandelt.